

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
Nr. 100. für Anhalt und Thüringen. Zweite Ausgabe  
Donnerstag, 1. März 1906. Jahrgang 199.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.  
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing., Vers., Hausbesuch.  
Schriftleitung: Dr. Walter Gedenkenstein in Halle a/S.

### Deutsches Reich.

**Deutsch-Südwestafrika.** Am 14. März wird gemeldet: Am 23. Februar 1906 an Zophus gestorben: Im Feldlazarett Gajour Gelehrter Georg Heine mann, geboren am 23. 8. 1882 zu Lore, früher im 1. Kurhessischen Feldartillerie-Regiment Nr. 11, in der Krankenanstalt Verleba; Militärfrankenwarter Johann Pf, geboren am 25. 1. 1883 zu Wehbach, früher im 1. Königlich Preussischen Ulanen-Regiment. Am der gleichen Krankheit gestorben am 25. Februar 1906 im Lazarett Barnab Ritter Robert Schmidt, geb. am 5. 3. 1881 zu Westfa, früher im 1. Ober-Esslischen Feldartillerie-Regiment Nr. 15 und Ritter Adam Gödel, geboren am 14. April 1881 zu Alsbach, früher im 1. Großherzoglich Hessischen Dragoner-Regiment (Garde-Dräger-Regiment) Nr. 23. — Ritter Karl Gerold, geboren am 1. Juli 1882 zu Giegnen, früher im 2. Königlich Württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 120, von dem gemeldet worden war, daß er am 7. Februar 1906 im Patrouillengefecht bei Vendorn verwundet worden sei, wird jetzt als vermisst gemeldet. Der Irrtum beruht auf Telegrammverfälschung.

**Deutschland und die Unruhen in China.** Wie die Köln. Ztg. aus Berlin vom 28. Februar meldet, scheinen die augenblicklichen Unruhen im Innern Chinas kein örtlicher Charakter zu sein; deutsche Interessen seien nicht berührt. Unter dem gleichen Tage wird der Köln. Ztg. weiter aus Berlin telegraphiert: Man darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß es der chinesischen Regierung in der Provinz mit den dort vorhandenen europäisch ausgebildeten Truppen gelingen wird, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Gerüchte von einer Verhärzung der deutschen Gesandtschaftsstände durch eine Batterie sind nach unseren Erkundigungen nicht zutreffend.

**Kaiser Wilhelm und die russische Zwangsenteignung.** Die „Neposje Wremja“ hat berichtet, der Kaiser habe in einem Gespräch mit dem russischen Staatssekretär Kofowzew in Beziehung auf das Scheitern eines Gelektentwurfs über Zwangsenteignung in Rußland bemerkt:

„Schade — das hätte mit die Hände freigegeben. Sie in Rußland vorgehen, das es Maßnahmen von internationaler Bedeutung ist.“

Die Nordd. Allg. Ztg. ist ermüdet, daß die angelegte Forderung seiner Majestät erst erlauden ist, und daß auch dem Sinne nach keine ähnliche Bemerkung gefaßt ist.

**Er. Maj. der Kaiser empfing** Mittwoch morgen den Russischen Geheimen Rat Hinzpeter, machte einen Besuch beim Reichskanzler empfing später im königlichen Schloß den kommandierenden General v. Hugo und besichtigte im Sternsaal Selbstbildnis, Scherwin bei Prag und Friedrich der Große in der Bibliothek von Sanssouci und Studien des Malers Schödel.

**Zur Feier der silbernen Hochzeit** Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin vereinigte der Hofkapellmeister v. Adamowicz am 27. Februar die in Algeiras anwesenden Deutschen zu einem Festmahle um sich. Während der Tafel hielt der Hofkapellmeister eine Rede, in der er darauf hinwies, welchen hohen idealen Wert für die Nation das würdevolle Familienleben des hohen Jubelpaares besitze. — Bei der Abschiedsfeier der zweiten Kammer in Darmstadt am 28. Februar gedachte der Präsident, Geh. Reg.-Rat Haas, in warmen Worten der Doppelfeier im deutschen Kaiserhause, an der das geliebte deutsche Volk im höchsten Ansehn teilnehme. Das Haus ermächtigte den Präsidenten, Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin den Ausdruck der Liebe und Dankbarkeit telegraphisch zu übermitteln.

**Weitere diplomatische Verhandlungen** verlanft: Auf die Stelle des Generalkonsuls in Genoa kommt nach Kairo der Hofsekretär, erste Sekretär der Botschaft in London Graf Johann v. Bernstorff, der durch Legationsschatzmeister v. Stumm von der Botschaft in Madrid ersetzt werden soll.

**Auszeichnung.** Der Prinz-Regent von Bayern verlieh dem Staatssekretär des Reichsjubiläumkomitees Dr. Nickerling das Großkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael.

**Anlässlich der hundertjährigen** Stiftungsfeier des Militär-Mar-Josef-Ordens, welche heute, Donnerstag, durch große Festlichkeiten im Armeeuseum zu München begangen wird, verließ der Prinz-Regent dem Prinzen Leopold von Bayern das dritte bayerische Feldartillerie-Regiment und zeichnete ferner mehrere Ritter des Militär-Mar-Josef-Ordens durch Verleihung des erblichen Adels und anderer Auszeichnungen aus. — Außerdem listete der Prinz-Regent einen größeren Betrag zur erweiterten Unterhaltung hilfsbedürftiger Witwen von Inhabern des Militär-Mar-Josef-Ordens.

**Wißlätüder Landungsversuch.** Einen Landungsversuch auf Helgoland hat das Vintenschiff „Wörth“, das in den letzten Tagen vor Helgoland Schießübungen abhielt, in fünf Tagen unternommen, die höchst glücklich mit sich führten. Der Versuch gelang jedoch, wie die „Post“ schreibt, nicht, vielmehr waren im Ernstfalle die Boote mit ihrer Beladung der Vernichtung anheimgefallen, denn auf etwa 1500 Meter Entfernung wurden sie mit einem Hagel von Geschossen überhittert.

**Handel mit Olfen.** Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Polizeiverordnung über den Handel mit Olfen für das Königreich Preußen. In das derselben beigefügten Güterverzeichnis sind u. a. auch aufgenommen Krefele und deren Zubereitungen (Krefeleisenlösungen usw.) sowie deren mehr als einprozentige Lösungen.

**Die Budgetkommission des Reichstages** fuhr am Mittwoch in der Beratung des Etats für 1906 fort. Die fortzukommenden und einmaligen Ausgaben wurden feinstillt mit folgenden Mitteln: Titel 2 der einmaligen Ausgaben, 20 000 Mk. zur Erwerbung von Land zu sanitären Zwecken, wurde abgelehnt, bei Titel 3: 151 000 Mk. zu Wegebauten und Anlagenanlagen, wurden 51 000 Mk. gemäß einer Anfrage beantragt, aber nur 100 000 Mk. bewilligt. Es folgte der Etat von 1906 in 14 a. u. Einzelartikel wurde hier eine Debatte über den Wert von Staatsfuhren, im besonderen von Fingerringen, im Anschluß an die Denkschrift über Staatsfuhren. In Kapitel 1 werden für den Gouverneur 2000 Mark Gehaltssteigerung verlangt. Eine längere Debatte entspann sich, die Mehrheit sprach sich gegen die Erhöhung aus. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, da sich die Kommission vertagte.

**Eine Debatte über das Wesen und die Verbreitung der Wasserkraft** (Wasserkraft) wurde im Reichstage am Mittwoch im Ausschusse in der deutschen Botschaft in dem Reichstage zugehört.

**Internationale Schiedsgerichtsverträge.** Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat am Mittwoch einen Antrag angenommen, in dem die Regierung ersucht wird, ihren Einfluß im Bundesrate dahin geltend zu machen, daß Schiedsgerichtsverträge mit allen Kulturstaaten abgeschlossen werden.

**Deutschland und der englische Handel.** Das englische Unterhausmitglied David Vincent hat, wie aus London gemeldet wird, die Regierung getraut, was das Ergebnis der Debatte in bezug auf den Zolltarif gemachten Vorstellungen wäre. In seiner schriftlichen Antwort sagt der Sekretär des Handelsamtes, Lord George, seit den Deutschland gemachten Vorstellungen sei eine Anzahl von Ermäßigungen in dem Tarife gemacht worden. Es sei aber nicht möglich anzugeben, in wie weit die deutsche Regierung hierbei durch die englischen Vorstellungen beeinflusst worden sei, jedoch betonen einige Ermäßigungen Artikel, auf welche in den Vorstellungen mit Bezug genommen worden sei. Und obwohl jurect ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern nicht bestünde, würde der englische Handel aus diesen Ermäßigungen Nutzen ziehen.

**Die Haftpflicht des Erhalter.** Der am Mittwoch im Reichstage eingebrachte Gelektentwurf betraf die Haftpflicht des Erhalter. Aus Anlaß der Hinzpeter'schen Angelegenheit ist die Haftpflicht für Erhaltung oder Belegung von Rente oder Sachbesitzung vorgeschrieben, wenn der Schaden durch ein Hauswerk verursacht wird, das dem Besizer, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Erhalter's zu dienen bestimmt ist und entweder der Erhalter bei der Bewilligung des Zinses die im Besizer erforderliche Sorgfalt anzuwenden hat, oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

## Deutscher Reichstag.

53. Sitzung vom 28. Februar 1906, 1 Uhr.

Im Bundesratssaal: 1. Abt. v. Stengel.  
Der Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung mit folgender Mitteilung: Aus Anlaß der Hinzpeter'schen Angelegenheit und der Vermählung Sr. Majestät des Prinzen Carl Friedrich ist Ihre Präsident von Ihren Majestäten am 25. d. M. empfangen worden und hat die Glückwünsche des Reichstages überbracht. Die Beglückwünschung wurde huldvollst und dankend entgegengenommen.

Hiernach teilt das Haus zunächst in die erste Beratung des von dem Abg. Rühle (son.) und Genossen eingebrachten Gelektentwurfs über die Gewährung einer Beihilfe an Kriegsteilnehmer.

Nach dem Entwurfe sollen Verjonen des Unteroffizier- und Mannschafstandes, die an dem Feldzuge von 1870/71 und den vorher geführten Kriegen teilgenommen haben, wenn sie sich in unterstützungsbedürftiger Lage befinden, eine Beihilfe von jährlich 120 Mark erhalten.

Abg. Rühle (son.): Der Antrag ist ein alter Bekannter. Wir halten die Veteranenfürsorge für eine nationale Ehrenpflicht. Die Veteranen haben sich zu Vereinen zusammengeschlossen, die die Pflegepflichten nationaler Gefinnung sind. Ihr v. Stengel hat ein wohlwollendes Herz für die Veteranen gezeigt und im vorigen Jahre neue Ausführlungen angetragen, die einige Säcker befechtigt. Aber gewisse Unbilligkeiten sind doch noch vorhanden, namentlich im § 3. Die Verjonen haben keine feste Sandtache zur Beurteilung der Bedürftigkeit. (Sehr richtig!) Auch der § 4 ist nicht ganz klar. Die Ausführlungenbestimmungen wollen ja geben, was früher gefordert haben, aber da sich neue Fälle herausgestellt haben, bringen wir diesen Gelektentwurf ein. Wir wollen feste Normen aufstellen. Der deutsche Reichstag hat seinen Veteranen helfen, er hat es wiederholt ausgesprochen. Ich glaube, daß das Haus auch unterem Antrag zustimmen kann. Wir leugnen ja nicht, daß unter Antrag erhebliche Aufwendungen erforderlich sind, aber wir haben es mit einer Angelegenheit zu tun, die von Jahr zu Jahr geringer wird. Man würde es nicht noch nicht Stellung genommen. Was den Ausführlungen, die ich dem hohen Hause zu machen habe, muß ich es diesen selbst überlassen, bei seiner Weisheit und Weisheit diejenigen Konsequenzen zu ziehen, die es aus meinen Ausführlungen ziehen zu sollen glaubt. Schon jetzt will ich das hervorheben, daß die verbundenen Regierungen an wohlwollender Fürsorge für die Kriegsteilnehmer in keiner Weise hinter der Reichstages hohen Hauses zurückbleiben. Wir haben bereits aus eigener Initiative den Entwurf eines fünften Nachtragsatzes vorgelegt, worin die Mittel gefordert werden, um bedürftigen Kriegsteilnehmern für das Jahr 1906

wegen Mangels an Mitteln eine Beihilfe für den Rest des laufenden Rechnungsjahres gewähren zu können. Im Jahre 1895 befand sich der Reichsinduldenfonds noch im Weis eines Ueberflusses von 83 Millionen Mark, und man konnte damals mit der Weisheit der Reichstages rechnen, daß wenigstens auf Jahre hinaus der Reichsinduldenfonds in der Lage wäre, die erforderliche Veteranenbeihilfe aus den Zinsen dieses Ueberflusses zu betreiben. Jetzt künft der Reichsinduldenfonds mit einer Interlückung von über 300 Millionen Mark. Für das Jahr 1906 ist nun in dem Etatsentwurf als Bedarf an Veteranenbeihilfen vorgezogen ein Betrag von über 16 1/2 Millionen Mark. Wenn der Höchstpunkt dieser Beihilfe des Reichstages erreicht werden wird, läßt sich nicht berechnen. Man rechnet damit, daß er etwa im Jahre 1912 keineswegs viel früher, erreicht werden wird. Bis dahin wird nun auf Grund von Schätzungen, die wir angefertigt haben, damit gerechnet, daß aus ohne den Antrag Rühle die Ausgaben weiterwachsen werden bis auf 25 bis 30 Millionen Mark jährlich. (Bezeugung.) Nach Ermittlungen, die in jüngsten Jahren angefallen worden sind, sind im ganzen noch insgesamt 600 000 bis 700 000 Kriegsteilnehmer am Leben. Es kann Ihnen mitteilen, daß seit Erlass der Ausführlungenbestimmungen von Jahre 1895, die allerdings noch nicht ganz ein Jahr in Kraft sind, nur eine einzige Verleider über eine Erweiterung der Veteranenbeihilfe an uns gelangt ist. In dem letzten Paragrafen der Ausführlungenbestimmungen ist Vorsorge getroffen, daß Gleichmässigkeit in der Ueberweisung beibehalten werden. Wenn ich mein Urteil über den Antrag Rühle in wenigen Worten zusammenfassen soll, so muß ich sagen, daß ich diesen Antrag zu einem Teile für überflüssig und gegenstandslos, am anderen Teile aber für so wesentlich halte, daß ich für meine Person nicht in der Lage bin, die Annahme dieses Antrages bei den verbundenen Regierungen zu befürworten. Nach diesen Ausführlungen habe ich keine Einwände gegen die Beratung in der Kommission zu erheben — kann ich es dem hohen Hause überlassen, Stellung zu dem Antrag zu nehmen.

Abg. Hinzpeter (Ztr.): Das Entgegenkommen der verbundenen Regierungen in dieser Frage ist bahnbrechend, ebenso ist die Anwesenheit des Reichsinduldenfonds bei der Beratung dieses Initiativentwurfes wohl ein Beweis, daß die verbundenen Regierungen sich wohlwollend für die Kriegsteilnehmer, die Anwesenheit geworden sind, nach Möglichkeit bekunden wollen. Wir hoffen deshalb, daß der Reichstag, welcher den Anwesenheitsfonds annehmen soll, sich nicht verweigert wird. Die Annahme des Antrages Rühle würde eine Minderleistung auf andere Weise haben. Gegen eine Beratung des Antrages in der Kommission haben wir nichts einzuwenden. Man darf nicht sich wohlwollende Politik treiben, sondern auch ehrlich und ausführbar. (Beifall.)

Abg. Graf Crola (Ztr.): Aus Offizierkreisen kommen keine Verleider. Wer hat? Sicher nicht aus Verleiderkreisen, denn an Verleiderkreisen dürfte noch kein Offizier gehören sein. (Gesetz.) Jeder Veteran mußte mindestens 1 Mark pro Tag erhalten. Das Geld dafür muß ein Reich haben, das das größte Heer der Welt hat, die größte Flotte haben will, das für seine fünfzig Millionen jährlich 60 Millionen aufwenden, das Reichsmärkte über den Kontinent baut. Der Kaiser ist jetzt der letzte, der die Ehrenkompanie der Veteranen abgelehnt. Gatten die gefürchten noch Millionen nicht in der Veteranenunterstützung die beste Verwendung gefunden? (Zuruf: Sie haben aufnehmend die Verwendungszwecke der Summe nicht gelesen!) Uns geht der Antrag Rühle nicht wenig, nur fordern mindestens 1 Mark pro Tag, (Beifall bei den Ztr.)

Abg. Graf Crola (nl.): Von der Gründung des Deutschen Reiches hat nicht nur die Volksgesetzte Anteil gehabt, (Bezeugung.) Wie hat sich gerade die Lage der Arbeiter gebessert! Es ist höchst bedauerlich, daß bei dieser Gelegenheit eine solche Rede vom Standpunkte des Massenbesitzes aus gehalten werden konnte. (Zehr. Zustimmung.) In der Budgetkommission hat sich niemand auf diesen bedürftigen Standpunkt gestellt gegenüber den glorreichen Kämpfern aus dem Kriege von 1870/71. Die Zinsen des Kriegsschatzes im Juliustarife wurden nicht mehr beifien, das her vorhandene Geld kam uns aber im Kriegesfalle gute Dienste leisten. Die ganze Rede des Abg. Vod hat mir weiter nichts gesagt, als wie jemand eine zügelige Angelegenheit dazu benutzen kann, um draussen im Lande Erregung herbeizuführen. (Zehr richtig!) Wir wollen für die alten Soldaten sorgen, wenn wir verdanken den Kämpfern, die 1870/71 für uns gekämpft haben. (Zehr. Zustimmung.) Vieles, was bedanken ihnen das Deutsche Reich. (Zehr. Beifall.)

Abg. Dr. Hinzpeter (nl.): Ich begrüße den Antrag Rühle dankbar, zweifelslos müssen einige Ausführlungenbestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden. Man sollte Mannschaften und Offiziere nicht gegeneinander auspielen, beide haben gemeinsam für dem Reiche gekämpft, alle für einen und einer für alle. Die Kritik des Staatssekretärs an dem Antrag Rühle ist nicht ganz guttutend. Ich hoffe, daß die Budgetkommission eine Entlohnungsgrenze von 600 Mark anerkennen wird. Wir wollen nicht Geiz, sondern Fort geben. (Beifall.)

Abg. Borgmann (fr. Sp.): Mit der Tendenz des Antrages sind wir einverstanden, können uns aber mit den Einzelheiten nicht identifizieren. Zagegen sind wir gegen die Weisheit, die nur grundbaldig vermehren.

Abg. Hinzpeter (nl.): Ich begrüße den Antrag Rühle dankbar, zweifelslos müssen einige Ausführlungenbestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden. Man sollte Mannschaften und Offiziere nicht gegeneinander auspielen, beide haben gemeinsam für dem Reiche gekämpft, alle für einen und einer für alle. Die Kritik des Staatssekretärs an dem Antrag Rühle ist nicht ganz guttutend. Ich hoffe, daß die Budgetkommission eine Entlohnungsgrenze von 600 Mark anerkennen wird. Wir wollen nicht Geiz, sondern Fort geben. (Beifall.)

Abg. Hinzpeter (nl.): Ich begrüße den Antrag Rühle dankbar, zweifelslos müssen einige Ausführlungenbestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden. Man sollte Mannschaften und Offiziere nicht gegeneinander auspielen, beide haben gemeinsam für dem Reiche gekämpft, alle für einen und einer für alle. Die Kritik des Staatssekretärs an dem Antrag Rühle ist nicht ganz guttutend. Ich hoffe, daß die Budgetkommission eine Entlohnungsgrenze von 600 Mark anerkennen wird. Wir wollen nicht Geiz, sondern Fort geben. (Beifall.)





